

Tagung „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“

15./16. Juni KIT Campus Süd (Uni Karlsruhe)

TAGUNGSPROGRAMM:

Freitag

18.00 Uhr Öffentliche Veranstaltung

[Redtenbacher-Hörsaal](#) Geb. 10.91

- **Begrüßung** (Nadja Brachmann, Karlsruhe)
- **In Memoriam Werner Buckel** (Reiner Braun, Berlin)
- **Verantwortung der Wissenschaften** (Peter Herrlich, Jena / Karlsruhe)
- **Irrweg Atomkraft** (Klaus Traube, Oberursel)



Samstag

9.00 Uhr Referate zu Themen, [WiWi-Bau](#)

Geb. 20.13

- **Zivilklausel** (Sören Böhrnsen, Bremen)
- **Dual Use** (Wolfgang Liebert, Darmstadt)
- **Atomforschung** (Harry Block, Karlsruhe)
- **Drohnen: Der distanzierte Tod** (Volker Eick, Berlin / Bremen)

11.00 Uhr Arbeitsgruppen mit den Referenten

12.00 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Fortsetzung Arbeitsgruppen

14.30 Uhr Berichte der Arbeitsgruppen mit Perspektivendiskussion

16.00 Uhr Abschlussplenum mit Wissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik,

[Rudolf-Plank-Hörsaal](#) Geb. 40.32

Öffentliche Erklärung der Veranstalter

18.00 Uhr Tagungsende

ZIVILKLAUSEL statt Rüstungsforschung an den Hochschulen

Die Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Zukunftsfähigkeit wird angesichts der fortschreitenden Militarisierung von Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen erneut in einem umfassenden Sinne heraus gefordert. Als Mittel dagegen wird seit mehreren Jahren von einer wachsenden Zahl von Studierenden die Forderung nach einer **Zivilklausel** erhoben, mit der Friedensbeiträge eingefordert werden, die das Zusammenleben der Völker bereichern und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gewidmet sind, d.h. mit der militärische Zwecke ausgeschlossen werden. Einige wenige Hochschulen verfügen über eine Friedensbindung mittels Zivilklausel. An der Uni Bremen wurde sie gerade bekräftigt.

Für die bundesweite Tagung in der Uni Karlsruhe gibt es gute Gründe. Hier ist aufgrund der Bildung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT als Zusammenschluss des Forschungszentrums mit der Universität die Zivilklausel-Bewegung der jüngeren Geschichte entstanden. Im Juni vor einem Vierteljahrhundert gab es an dieser Uni eine beachtete Tagung gegen Rüstungsforschung mit dem Karlsruher Physiker und Friedenswissenschaftler **Werner Buckel** (1920 – 2003).

Aufgrund des Regierungswechsels in Baden-Württemberg sind Hoffnungen genährt worden, im KIT-Gesetz und im Landeshochschulgesetz eine gesetzliche Zivilklausel verankern zu können. Im Mai 2009 warnten Persönlichkeiten wie Bürgermeister Akiba von Hiroshima („Mayors for Peace“) und Physik-Nobelpreisträger Jack Steinberger in einem **Internationalen Appell** vor „Atomforschung und Waffenforschung unter einem Dach“. KIT will sich für Rüstungsforschung offen halten und beteiligt sich daran in den Bereichen Nachrichtentechnik und Drohnen. KIT setzt unbeirrt vom Atomausstiegsbeschluss die Forschung an Atomreaktoren einer neuen Generation (Generation IV, Transmutation) fort, statt frei werdende Mittel und Personal auf Forschung für erneuerbare Energie und Umweltschutz umzuorientieren. Die Studierenden der Uni Karlsruhe hatten im Januar 2009 in einer **bundesweit erstmaligen Urabstimmung** dieser Art für eine einheitliche KIT-Zivilklausel votiert. Im Juni 2009 hatten SPD und Grüne für das KIT-Errichtungsgesetz die Zivilklausel beantragt. Statt jetzt in Regierungsverantwortung für das KIT-Weiterentwicklungsgesetz ihren früheren Oppositionsantrag umzusetzen, will die Landesregierung nichts mehr davon wissen - trotz Appellen, Unterschriftenübergaben und Offenen Briefen, u.a. zum Antikriegstag 2011, getragen von 60 Personen und Gruppen, überwiegend von Studierendenvertretungen. Am 9. Mai wurde das Gesetz ohne Zivilklausel beschlossen, begleitet von einer demonstrativen Mahnwache mit Großtransparent.



● **Aus dem Schreiben vom 25. Mai 2012 der DFG-VK Baden-Württemberg und der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten an das KIT-Präsidium cc Wissenschaftsministerin Bauer und andere Betroffene**

Rüstungsforschung für OHB und Bundeswehr

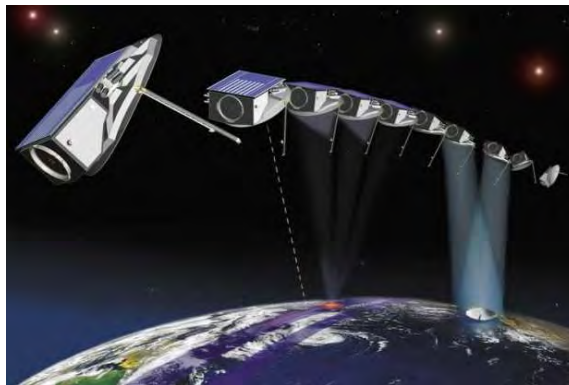
„Der Webseite der Bremer Satellitenfirma OHB kann entnommen werden, dass die Universitäten Bremen und Karlsruhe zumindest im Zeitraum 2003 - 2006 an Forschung und Entwicklung für die OHB-Studie **"Demonstrator für Breitbandübertragung von Luftaufklärungsdaten mittels Mehrträgerverfahren (MTV) - Büland MTV"** für die Bundeswehr beteiligt waren. An der Universität Bremen gibt es darüber derzeit eine öffentliche Diskussion. Nach unseren Informationen soll der an der Studie beteiligte Partner der Universität Karlsruhe Prof. Werner Wiesbeck gewesen sein.

Im Hinblick auf die Auseinandersetzungen um eine Zivilklausel für KIT und die gerade verabschiedeten Ethik-Leitlinien würden wir gern wissen

- Sind diese Informationen zutreffend?
- Ist das Projekt im Senat der Universität behandelt worden?
- Waren weitere Partner beteiligt, z. B. Prof. Jondral, Prof. Beyerer oder Prof. Tacke?

- Sind Ergebnisse des Projekts in das Rüstungsforschungsvorhaben „MoU SDR“ eingeflossen?
- Ist KIT gegenwärtig an Datenübertragungsprojekten z.B. an KommSysBw, SVFuA bzw. anderen Forschungsvorhaben für militärische Zwecke beteiligt? Wenn ja, an welchen?

Offenheit gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit und Transparenz sind Grundvoraussetzungen jeder öffentlich finanzierten Bildungs- und Forschungseinrichtung. Wir gehen deshalb davon aus, dass Sie unser begründetes Informationsanliegen beantworten werden. Es ist davon auszugehen, dass dieser Punkt in der Ihnen aufgrund der Mahnwache



zur KIT-Gesetzgebung bekannt gewordenen bundesweiten Tagung am 15./16. Juni am KIT zur Sprache kommen wird. Dort wird es auch eine Laudatio auf Prof. Werner Buckel geben, den langjährigen Direktor des Physikalischen Instituts der Fridericiana, zu der wir Sie gerne einladen.“

● **Kommentar Dietrich Schulze 16. Mai 2012 in Neue Rheinische Zeitung**
Zivilklausel für KIT-Gesetz abgelehnt -

Die Ministerin und die 1980er Jahre

Wie geht die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) mit Demokratie, Geschichte und Frieden um? Furchtbar! Am 9. Mai wurde im Landtag das Weiterentwicklungsgesetz für das Karlsruher Institut für Technologie KIT, der 2009 aus Uni und Forschungszentrum Karlsruhe gebildeten öffentlich-rechtlichen Institution für Lehre und Forschung, beschlossen - mit großen Worten über Autonomie, Transparenz und Mitbestimmungsrechte - bei näherem Hinsehen Schritte rückwärts nach dem Konzept der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung.

Ein von Beginn an strittiges Thema ist der Verzicht auf Militärforschung mittels Übernahme der bewährten Zivilklausel des Forschungszentrums auch für die Grundsatzung des Uni-Teils „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Gefordert von den Studierenden per Urabstimmung, den Gewerkschaften und der früheren SPD/GRÜNEN-Opposition, versprochen in den Wahlprogrammen von GRÜNEN und SPD, kurz vor der Landtagswahl bekräftigt durch persönliche Unterstützung der jetzt verantwortlichen PolitikerInnen Winfried Kretschmann, Theresia Bauer und Nils Schmid. Nichts von alledem zählt mehr nach der Wahl. Die Zivilklausel wurde nicht in das KIT-Gesetz übernommen, ein glatter Bruch der Wahlversprechen.

Im KIT wird jetzt auch mit Grün-Roter Billigung Atom- und Waffenforschung unter einem Dach betrieben, wovor Persönlichkeiten wie Nobelpreisträger und der Bürgermeister von Hiroshima gewarnt hatten. Ein Tabu-Bruch mit unabsehbaren Folgen.

Mahnwache vor Landtag

Eine kleine Schar von Zivilklausel-SchützerInnen hatte die Abgeordneten am Morgen vor der Beschlussfassung mit einer demonstrativen Mahnwache in einem Flugblatt an die Wahlversprechen erinnert und die hochgelobte KIT-Autonomie mit einem „weitgehend mitbestimmungsfreien Selbstbedienungsladen für Wirtschaft und Militär“ verglichen. Auf dieses Flugblatt kam die Wissenschaftsministerin in ihrer Begründungsrede zu sprechen. Ein Satz daraus gemäß gemeinsamer Presse-Erklärung

der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und der DFG-VK Baden-Württemberg hatte Frau Bauer besonders missfallen. Mit der Ankündigung „Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT werde fortgesetzt“, fühle sie sich in die 1980er zurück versetzt. Was sie damit wohl meinte?

Erlebnis einer wahren Universität

Erinnern wir uns: Gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen (NATO-Doppelbeschluss) gab es am 22. Oktober 1983 zwischen Stuttgart und Neu-Ulm ein 108 Kilometer langes Friedensfest, eine spektakuläre, lebendige und kreative Menschenkette. Zwei Tage zuvor, am Tag der Schulen und Hochschulen in der Aktionswoche der Friedensbewegung, zogen Schüler und Lehrer, Studenten und Professoren gegen die Kriegsgefahr gemeinsam auf die Marktplätze. Am Abend gab es auch in der Uni Karlsruhe ein Plenum im Audimax. Im Buch „Nachdenken statt Nachrüsten“ schrieb der Karlsruher Physiker Werner Buckel dazu „Für viele oder gar alle Teilnehmer wurde auch dies zu einem neuen Gefühl: Das Plenum vermittelte das Erlebnis einer wahren Universität.“ Vier Jahre später - im Juni vor einem Vierteljahrhundert - organisierte er zusammen mit der Uni-Friedensgruppe eine bundesweite Tagung gegen Rüstungsforschung. Wenig später wurde von den Wissenschaftlern in Hochschulen und Forschungslabors das gefährliche Laserwaffen-Forschungsprogramm von US-Präsident Reagan gestoppt. Das waren die 1980er Jahre, geprägt von einer starken und erfolgreichen Friedensbewegung.

Vertröstung auf 2014 (!!!)

Die mildeste Kritik an der nicht nachvollziehbaren Einlassung der Ministerin: sie hat keine Ahnung von der friedenspolitischen Geschichte und Rolle der Hochschulen. Nicht gerade schmeichelhaft für die Amtsinhaberin. Nach einer erheblichen Presseresonanz zur begründeten Kritik an Grün-Rot im Vorfeld der Abstimmung sahen sich die Sprecher der beiden Regierungsfractionen immerhin genötigt, die in der Sache abwegige Haltung der Ministerin zu relativieren. Sie deuteten an, dass 2014 über die Zivilklausel im Zusammenhang mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes geredet werden soll.

Peinliches Lob

Peinlich für die Ministerin die Reden der Oppositionspolitiker: Einerseits geißelten sie deren Umfaller-Position, lobten aber gleichzeitig, dass das von ihren Fraktionen auf den Weg gebrachte KIT-Konzept im Wesentlichen fortgeführt wird.

Zwei Stimmen gegen die Zivilklausel, die die Kritik voll bestätigen. Laut Südwestpresse sagte FDP-Hochschulexperte Timm Kern „eine Zivilklausel hätte die Autonomie des KIT erheblich eingeschränkt“. Und KIT-Sprecherin Monika Landgraf erklärte, „Rüstungsforschung im engeren Sinne gibt es am KIT ohnehin nicht“.

Da wird einem beinahe die Regierungskoalition sympathisch. Immerhin hat sie die von Schwarz-Gelb eingeführten Studiengebühren abgeschafft und die 1977 von Filbinger abgeschaffte Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt. Erfreuliche Schritte in die richtige Richtung, die aber die vorgetragene Kritik nicht zu relativieren vermögen.

Kritik von Jusos und Grüner Jugend

Auch die Nachwuchsverbände von Grünen und SPD haben die Ministerin kritisiert. Juso-Landeschef Markus Herrera Torrez sagte der Südwestpresse, die Wissenschaftsministerin habe leider „ihre Wurzeln in der Friedensbewegung vergessen“. Aufgrund des Verzichts auf die Zivilklausel dürfe am KIT weiter „für die Waffenindustrie geforscht werden“. Landessprecherin Jessica Messinger von der Grünen Jugend erklärte „Zu einer nachhaltigen Wissenschaft passt keine Forschung, die militärische Konfliktlösungen zum Ziel hat“. Die Zivilklausel als Friedensparagraf würde eine Verpflichtung darstellen, „die die Kooperation von universitärer Forschung mit Militär und Rüstungsindustrie ausschließt“, so Ko-Sprecher Marcel Emmerich. Grüne Jugend wie Jusos fordern nun eine verbindliche Regelung zur Zivilklausel im Landeshochschulgesetz.

Rüstungsforschung im realen Sinn

Derweil wird am KIT fleißig weiter Rüstungsforschung betrieben, an Kriegsdrohnen und militärischer Nachrichtentechnik, in Zusammenarbeit mit Bundeswehr-Unis und militärisch forschenden Fraunhofer-Instituten. Meistens wissen Studierende gar nicht, wenn ihr Wissen missbraucht wird. Das hat Tradition an der Uni Karlsruhe. Erst jetzt wurde bekannt, dass ein Elektrotechnik-Institut der Uni Karlsruhe früher für das Bremer Weltraumrüstungsunternehmen OHB geforscht hat. Der Leiter eines Nachrichtentechnischen Instituts musste nach längerem Abstreiten zugeben, dass für die Bundeswehr an einem Breitband-



Ministerin Bauer am 9. Mai 2012 im Landtag Baden-Württemberg mit Flugblatt zur Mahnwache

Kommunikationssystem geforscht wird. Die Professoren Werner Wiesbeck, Friedrich Jondral, Jürgen Beyerer und Maurus Tacke wissen Bescheid, nur der Rest der Uni und die Öffentlichkeit nicht.

Juni-Tagung am KIT

Bis 2014 wollen die Rüstungsforschungskritiker nicht zuwarten. Im Sinne von Werner Buckel (†2003) wird es am 15./16. Juni am KIT eine bundesweite Tagung zur "Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit" geben, mit prominenten Referenten und einem breiten Themenspektrum. Die Veranstalter, Friedenswissenschaftler-Organisationen, Gewerkschaften und die KIT Studierenden-Vertretung, versprechen sich von der Tagung weitere Impulse für den Widerstand gegen Rüstungsforschung und Militarisierung, für die Friedensperspektive der Hochschulen und zur Vernetzung der Aktivitäten. Der Leitsatz des Widerstandskämpfers und Holocaust-Überlebenden Martin Löwenberg aus München „Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“ wurde vom Bündnis "Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel" für die gerade abgeschlossene Aktionswoche übernommen und wird auch diese Tagung inspirieren.

Aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom 13. Juni 2012 (Drs. 17/9979)

Keine Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen - Forschung und Lehre für zivile Zwecke sicherstellen

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit den Ländern initiativ zu werden, um sicherzustellen, dass Forschung und Lehre an öffentlichen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen – gemäß dem grundgesetzlichen Auftrag und der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands – ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken folgt. Die Bundesregierung wird aufgefordert gemeinsam mit den Ländern



Forschungsfolgenverantwortung zu übernehmen und sich dafür einzusetzen, Zivilklauseln in den Statuten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie in den jeweiligen Landeshochschulgesetzen zu verankern.

2. den Wissenschaftsrat sowie die Allianz der Wissenschaftsorganisationen um die Erstellung eines Kodex zur zivilen Forschung und Lehre zu ersuchen, der als verbindliche Richtschnur von den Einrichtungen akzeptiert wird. [...]
3. die Vergabepaxis im Rahmen der öffentlichen Projektförderung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen dahingehend zu ändern, dass die zivile Ausrichtung

von Forschung und Lehre im oben genannten Sinne gewährleistet werden kann. Daraus folgend wird die Bundesregierung aufgefordert, die oben genannten Verfügungen des Bundesministeriums für Verteidigung zur Geheimhaltung der Eckpunkte der Vergabepaxis unverzüglich aufzuheben.

4. durch die Ausfinanzierung der Hochschulen in der Breite die wissenschaftliche Unabhängigkeit dieser zu gewährleisten, damit Hochschulen unabhängig vom Druck, private Mittel einzuwerben forschen und lehren können.
5. im Sinne des zu erstellenden Kodex das Forschungsprogramm für zivile Sicherheitsforschung 2012-2017 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung so zu überarbeiten, dass eine Dual-Use-Nutzung nicht mehr angestrebt bzw. weitestgehend verhindert und Forschungsergebnisse an Dritte ausschließlich für zivile Zwecke zur Verfügung gestellt werden.
6. gemeinsam mit den Ländern eine Initiative zur Offenlegung aller Kooperationsverträge der Hochschulen zu ergreifen und eine entsprechende Verpflichtung in den jeweiligen Gesetzen zur Informationsfreiheit bzw. in den Hochschulgesetzen zu verankern.

Kontakt: Dr.-Ing. Dietrich Schulze 15.6.12
dietrich.schulze@gmx.de Beirat
NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V. www.natwiss.de
Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

Tagung „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“

15./16. Juni KIT Campus Süd (Uni Karlsruhe)

TAGUNGSPROGRAMM:

Freitag

18.00 Uhr Öffentliche Veranstaltung

[Redtenbacher-Hörsaal](#) Geb. 10.91

- **Begrüßung** (Nadja Brachmann, Karlsruhe)
- **In Memoriam Werner Buckel** (Reiner Braun, Berlin)
- **Verantwortung der Wissenschaften** (Peter Herrlich, Jena / Karlsruhe)
- **Irrweg Atomkraft** (Klaus Traube, Oberursel)



Samstag

9.00 Uhr Referate zu Themen, [WiWi-Bau](#) Geb. 20.13

- **Zivilklausel** (Sören Böhrnsen, Bremen)
- **Dual Use** (Wolfgang Liebert, Darmstadt)
- **Atomforschung** (Harry Block, Karlsruhe)
- **Drohnen: Der distanzierte Tod** (Volker Eick, Berlin / Bremen)

11.00 Uhr Arbeitsgruppen mit den Referenten

12.00 Uhr Mittagspause

13.30 Uhr Fortsetzung Arbeitsgruppen

14.30 Uhr Berichte der Arbeitsgruppen mit Perspektivendiskussion

16.00 Uhr Abschlussplenum mit Wissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik, [Rudolf-Plank-Hörsaal](#) Geb. 40.32

Öffentliche Erklärung der Veranstalter

18.00 Uhr Tagungsende

ZIVILKLAUSEL statt Rüstungsforschung an den Hochschulen

Die Verantwortung der Wissenschaft für Frieden und Zukunftsfähigkeit wird angesichts der fortschreitenden Militarisierung von Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen erneut in einem umfassenden Sinne heraus gefordert. Als Mittel dagegen wird seit mehreren Jahren von einer wachsenden Zahl von Studierenden die Forderung nach einer **Zivilklausel** erhoben, mit der Friedensbeiträge eingefordert werden, die das Zusammenleben der Völker bereichern und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gewidmet sind, d.h. mit der militärische Zwecke ausgeschlossen werden. Einige wenige Hochschulen verfügen über eine Friedensbindung mittels Zivilklausel. An der Uni Bremen wurde sie gerade bekräftigt.

Für die bundesweite Tagung in der Uni Karlsruhe gibt es gute Gründe. Hier ist aufgrund der Bildung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT als Zusammenschluss des Forschungszentrums mit der Universität die Zivilklausel-Bewegung der jüngeren Geschichte entstanden. Im Juni vor einem Vierteljahrhundert gab es an dieser Uni eine beachtete Tagung gegen Rüstungsforschung mit dem Karlsruher Physiker und Friedenswissenschaftler **Werner Buckel** (1920 – 2003).

Aufgrund des Regierungswechsels in Baden-Württemberg sind Hoffnungen genährt worden, im KIT-Gesetz und im Landeshochschulgesetz eine gesetzliche Zivilklausel verankern zu können. Im Mai 2009 warnten Persönlichkeiten wie Bürgermeister Akiba von Hiroshima („Mayors for Peace“) und Physik-Nobelpreisträger Jack Steinberger in einem **Internationalen Appell** vor „Atomforschung und Waffenforschung unter einem Dach“. KIT will sich für Rüstungsforschung offen halten und beteiligt sich daran in den Bereichen Nachrichtentechnik und Drohnen. KIT setzt unbeirrt vom Atomausstiegsbeschluss die Forschung an Atomreaktoren einer neuen Generation (Generation IV, Transmutation) fort, statt frei werdende Mittel und Personal auf Forschung für erneuerbare Energie und Umweltschutz umzuorientieren. Die Studierenden der Uni Karlsruhe hatten im Januar 2009 in einer **bundesweit erstmaligen Urabstimmung** dieser Art für eine einheitliche KIT-Zivilklausel votiert. Im Juni 2009 hatten SPD und Grüne für das KIT-Errichtungsgesetz die Zivilklausel beantragt. Statt jetzt in Regierungsverantwortung für das KIT-Weiterentwicklungsgesetz ihren früheren Oppositionsantrag umzusetzen, will die Landesregierung nichts mehr davon wissen - trotz Appellen, Unterschriftenübergaben und Offenen Briefen, u.a. zum Antikriegstag 2011, getragen von 60 Personen und Gruppen, überwiegend von Studierendenvertretungen. Am 9. Mai wurde das Gesetz ohne Zivilklausel beschlossen, begleitet von einer demonstrativen Mahnwache mit Großtransparent.



● **Aus dem Schreiben vom 25. Mai 2012 der DFG-VK Baden-Württemberg und der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten an das KIT-Präsidium cc Wissenschaftsministerin Bauer und andere Betroffene**

Rüstungsforschung für OHB und Bundeswehr

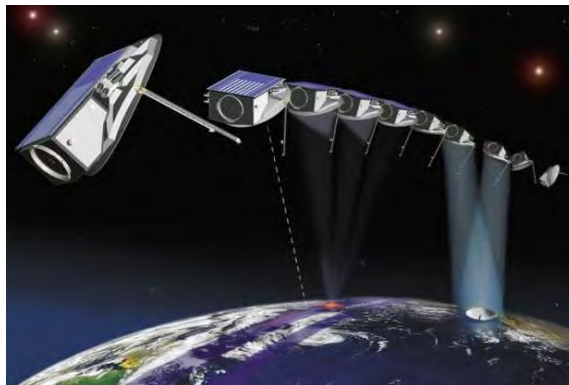
„Der Webseite der Bremer Satellitenfirma OHB kann entnommen werden, dass die Universitäten Bremen und Karlsruhe zumindest im Zeitraum 2003 - 2006 an Forschung und Entwicklung für die OHB-Studie **"Demonstrator für Breitbandübertragung von Luftaufklärungsdaten mittels Mehrträgerverfahren (MTV) - Büland MTV"** für die Bundeswehr beteiligt waren. An der Universität Bremen gibt es darüber derzeit eine öffentliche Diskussion. Nach unseren Informationen soll der an der Studie beteiligte Partner der Universität Karlsruhe Prof. Werner Wiesbeck gewesen sein.

Im Hinblick auf die Auseinandersetzungen um eine Zivilklausel für KIT und die gerade verabschiedeten Ethik-Leitlinien würden wir gern wissen

- Sind diese Informationen zutreffend?
- Ist das Projekt im Senat der Universität behandelt worden?
- Waren weitere Partner beteiligt, z. B. Prof. Jondral, Prof. Beyerer oder Prof. Tacke?

- Sind Ergebnisse des Projekts in das Rüstungsforschungsvorhaben „MoU SDR“ eingeflossen?
- Ist KIT gegenwärtig an Datenübertragungsprojekten z.B. an KommSysBw, SVFuA bzw. anderen Forschungsvorhaben für militärische Zwecke beteiligt? Wenn ja, an welchen?

Offenheit gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit und Transparenz sind Grundvoraussetzungen jeder öffentlich finanzierten Bildungs- und Forschungseinrichtung. Wir gehen deshalb davon aus, dass Sie unser begründetes Informationsanliegen beantworten werden. Es ist davon auszugehen, dass dieser Punkt in der Ihnen aufgrund der Mahnwache



zur KIT-Gesetzgebung bekannt gewordenen bundesweiten Tagung am 15./16. Juni am KIT zur Sprache kommen wird. Dort wird es auch eine Laudatio auf Prof. Werner Buckel geben, den langjährigen Direktor des Physikalischen Instituts der Fridericiana, zu der wir Sie gerne einladen.“

● **Kommentar Dietrich Schulze 16. Mai 2012 in Neue Rheinische Zeitung**
Zivilklausel für KIT-Gesetz abgelehnt -

Die Ministerin und die 1980er Jahre

Wie geht die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) mit Demokratie, Geschichte und Frieden um? Furchtbar! Am 9. Mai wurde im Landtag das Weiterentwicklungsgesetz für das Karlsruher Institut für Technologie KIT, der 2009 aus Uni und Forschungszentrum Karlsruhe gebildeten öffentlich-rechtlichen Institution für Lehre und Forschung, beschlossen - mit großen Worten über Autonomie, Transparenz und Mitbestimmungsrechte - bei näherem Hinsehen Schritte rückwärts nach dem Konzept der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung.

Ein von Beginn an strittiges Thema ist der Verzicht auf Militärforschung mittels Übernahme der bewährten Zivilklausel des Forschungszentrums auch für die Grundsatzung des Uni-Teils „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ Gefordert von den Studierenden per Urabstimmung, den Gewerkschaften und der früheren SPD/GRÜNEN-Opposition, versprochen in den Wahlprogrammen von GRÜNEN und SPD, kurz vor der Landtagswahl bekräftigt durch persönliche Unterstützung der jetzt verantwortlichen PolitikerInnen Winfried Kretschmann, Theresia Bauer und Nils Schmid. Nichts von alledem zählt mehr nach der Wahl. Die Zivilklausel wurde nicht in das KIT-Gesetz übernommen, ein glatter Bruch der Wahlversprechen.

Im KIT wird jetzt auch mit Grün-Roter Billigung Atom- und Waffenforschung unter einem Dach betrieben, wovor Persönlichkeiten wie Nobelpreisträger und der Bürgermeister von Hiroshima gewarnt hatten. Ein Tabu-Bruch mit unabsehbaren Folgen.

Mahnwache vor Landtag

Eine kleine Schar von Zivilklausel-SchützerInnen hatte die Abgeordneten am Morgen vor der Beschlussfassung mit einer demonstrativen Mahnwache in einem Flugblatt an die Wahlversprechen erinnert und die hochgelobte KIT-Autonomie mit einem „weitgehend mitbestimmungsfreien Selbstbedienungsladen für Wirtschaft und Militär“ verglichen. Auf dieses Flugblatt kam die Wissenschaftsministerin in ihrer Begründungsrede zu sprechen. Ein Satz daraus gemäß gemeinsamer Presse-Erklärung

der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und der DFG-VK Baden-Württemberg hatte Frau Bauer besonders missfallen. Mit der Ankündigung „Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT werde fortgesetzt“, fühle sie sich in die 1980er zurück versetzt. Was sie damit wohl meinte?

Erlebnis einer wahren Universität

Erinnern wir uns: Gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen (NATO-Doppelbeschluss) gab es am 22. Oktober 1983 zwischen Stuttgart und Neu-Ulm ein 108 Kilometer langes Friedensfest, eine spektakuläre, lebendige und kreative Menschenkette. Zwei Tage zuvor, am Tag der Schulen und Hochschulen in der Aktionswoche der Friedensbewegung, zogen Schüler und Lehrer, Studenten und Professoren gegen die Kriegsgefahr gemeinsam auf die Marktplätze. Am Abend gab es auch in der Uni Karlsruhe ein Plenum im Audimax. Im Buch „Nachdenken statt Nachrüsten“ schrieb der Karlsruher Physiker Werner Buckel dazu „Für viele oder gar alle Teilnehmer wurde auch dies zu einem neuen Gefühl: Das Plenum vermittelte das Erlebnis einer wahren Universität.“ Vier Jahre später - im Juni vor einem Vierteljahrhundert - organisierte er zusammen mit der Uni-Friedensgruppe eine bundesweite Tagung gegen Rüstungsforschung. Wenig später wurde von den Wissenschaftlern in Hochschulen und Forschungslabors das gefährliche Laserwaffen-Forschungsprogramm von US-Präsident Reagan gestoppt. Das waren die 1980er Jahre, geprägt von einer starken und erfolgreichen Friedensbewegung.

Vertröstung auf 2014 (!!!)

Die mildeste Kritik an der nicht nachvollziehbaren Einlassung der Ministerin: sie hat keine Ahnung von der friedenspolitischen Geschichte und Rolle der Hochschulen. Nicht gerade schmeichelhaft für die Amtsinhaberin. Nach einer erheblichen Presseresonanz zur begründeten Kritik an Grün-Rot im Vorfeld der Abstimmung sahen sich die Sprecher der beiden Regierungsfractionen immerhin genötigt, die in der Sache abwegige Haltung der Ministerin zu relativieren. Sie deuteten an, dass 2014 über die Zivilklausel im Zusammenhang mit der Novellierung des Landeshochschulgesetzes geredet werden soll.

Peinliches Lob

Peinlich für die Ministerin die Reden der Oppositionspolitiker: Einerseits geißelten sie deren Umfaller-Position, lobten aber gleichzeitig, dass das von ihren Fraktionen auf den Weg gebrachte KIT-Konzept im Wesentlichen fortgeführt wird.

Zwei Stimmen gegen die Zivilklausel, die die Kritik voll bestätigen. Laut Südwestpresse sagte FDP-Hochschulexperte Timm Kern „eine Zivilklausel hätte die Autonomie des KIT erheblich eingeschränkt“. Und KIT-Sprecherin Monika Landgraf erklärte, „Rüstungsforschung im engeren Sinne gibt es am KIT ohnehin nicht“.

Da wird einem beinahe die Regierungskoalition sympathisch. Immerhin hat sie die von Schwarz-Gelb eingeführten Studiengebühren abgeschafft und die 1977 von Filbinger abgeschaffte Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt. Erfreuliche Schritte in die richtige Richtung, die aber die vorgetragene Kritik nicht zu relativieren vermögen.

Kritik von Jusos und Grüner Jugend

Auch die Nachwuchsverbände von Grünen und SPD haben die Ministerin kritisiert. Juso-Landeschef Markus Herrera Torrez sagte der Südwestpresse, die Wissenschaftsministerin habe leider „ihre Wurzeln in der Friedensbewegung vergessen“. Aufgrund des Verzichts auf die Zivilklausel dürfe am KIT weiter „für die Waffenindustrie geforscht werden“. Landessprecherin Jessica Messinger von der Grünen Jugend erklärte „Zu einer nachhaltigen Wissenschaft passt keine Forschung, die militärische Konfliktlösungen zum Ziel hat“. Die Zivilklausel als Friedensparagraf würde eine Verpflichtung darstellen, „die die Kooperation von universitärer Forschung mit Militär und Rüstungsindustrie ausschließt“, so Ko-Sprecher Marcel Emmerich. Grüne Jugend wie Jusos fordern nun eine verbindliche Regelung zur Zivilklausel im Landeshochschulgesetz.

Rüstungsforschung im realen Sinn

Derweil wird am KIT fleißig weiter Rüstungsforschung betrieben, an Kriegsdrohnen und militärischer Nachrichtentechnik, in Zusammenarbeit mit Bundeswehr-Unis und militärisch forschenden Fraunhofer-Instituten. Meistens wissen Studierende gar nicht, wenn ihr Wissen missbraucht wird. Das hat Tradition an der Uni Karlsruhe. Erst jetzt wurde bekannt, dass ein Elektrotechnik-Institut der Uni Karlsruhe früher für das Bremer Weltraumrüstungsunternehmen OHB geforscht hat. Der Leiter eines Nachrichtentechnischen Instituts musste nach längerem Abstreiten zugeben, dass für die Bundeswehr an einem Breitband-



Ministerin Bauer am 9. Mai 2012 im Landtag Baden-Württemberg mit Flugblatt zur Mahnwache

Kommunikationssystem geforscht wird. Die Professoren Werner Wiesbeck, Friedrich Jondral, Jürgen Beyerer und Maurus Tacke wissen Bescheid, nur der Rest der Uni und die Öffentlichkeit nicht.

Juni-Tagung am KIT

Bis 2014 wollen die Rüstungsforschungskritiker nicht zuwarten. Im Sinne von Werner Buckel (†2003) wird es am 15./16. Juni am KIT eine bundesweite Tagung zur "Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit" geben, mit prominenten Referenten und einem breiten Themenspektrum. Die Veranstalter, Friedenswissenschaftler-Organisationen, Gewerkschaften und die KIT Studierenden-Vertretung, versprechen sich von der Tagung weitere Impulse für den Widerstand gegen Rüstungsforschung und Militarisierung, für die Friedensperspektive der Hochschulen und zur Vernetzung der Aktivitäten. Der Leitsatz des Widerstandskämpfers und Holocaust-Überlebenden Martin Löwenberg aus München „Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen“ wurde vom Bündnis "Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel" für die gerade abgeschlossene Aktionswoche übernommen und wird auch diese Tagung inspirieren.

Aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vom 13. Juni 2012 (Drs. 17/9979)

Keine Rüstungsforschung an öffentlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen - Forschung und Lehre für zivile Zwecke sicherstellen

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit den Ländern initiativ zu werden, um sicherzustellen, dass Forschung und Lehre an öffentlichen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen – gemäß dem grundgesetzlichen Auftrag und der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands – ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken folgt. Die Bundesregierung wird aufgefordert gemeinsam mit den Ländern



Forschungsfolgenverantwortung zu übernehmen und sich dafür einzusetzen, Zivilklauseln in den Statuten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie in den jeweiligen Landeshochschulgesetzen zu verankern.

2. den Wissenschaftsrat sowie die Allianz der Wissenschaftsorganisationen um die Erstellung eines Kodex zur zivilen Forschung und Lehre zu ersuchen, der als verbindliche Richtschnur von den Einrichtungen akzeptiert wird. [...]
3. die Vergabepaxis im Rahmen der öffentlichen Projektförderung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen dahingehend zu ändern, dass die zivile Ausrichtung

von Forschung und Lehre im oben genannten Sinne gewährleistet werden kann. Daraus folgend wird die Bundesregierung aufgefordert, die oben genannten Verfügungen des Bundesministeriums für Verteidigung zur Geheimhaltung der Eckpunkte der Vergabepaxis unverzüglich aufzuheben.

4. durch die Ausfinanzierung der Hochschulen in der Breite die wissenschaftliche Unabhängigkeit dieser zu gewährleisten, damit Hochschulen unabhängig vom Druck, private Mittel einzuwerben forschen und lehren können.
5. im Sinne des zu erstellenden Kodex das Forschungsprogramm für zivile Sicherheitsforschung 2012-2017 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung so zu überarbeiten, dass eine Dual-Use-Nutzung nicht mehr angestrebt bzw. weitestgehend verhindert und Forschungsergebnisse an Dritte ausschließlich für zivile Zwecke zur Verfügung gestellt werden.
6. gemeinsam mit den Ländern eine Initiative zur Offenlegung aller Kooperationsverträge der Hochschulen zu ergreifen und eine entsprechende Verpflichtung in den jeweiligen Gesetzen zur Informationsfreiheit bzw. in den Hochschulgesetzen zu verankern.

Kontakt: Dr.-Ing. Dietrich Schulze 15.6.12

dietrich.schulze@gmx.de Beirat

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden

und Zukunftsfähigkeit e.V. www.natwiss.de

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten

WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf



Entwicklung von Mikro-Flugobjekten: Falke Flo im Windkanal der Universität der Bundeswehr in Neubiberg bei München

Friedliche Hochschulen

Mit den »Waffen des Geistes«: Nach 25 Jahren findet in Karlsruhe wieder eine Konferenz gegen Militärforschung an Universitäten statt. **Von Michael Schulze von Glaßer**

Rüstungsgegner diskutieren auf einer Tagung in Karlsruhe über mögliche Verbote von Militärforschung an Hochschulen. Gewerkschaften, Studentenvertretungen und Friedensgruppen haben für diesen Freitag und Samstag eine Konferenz zu sogenannten Zivilklauseln organisiert. Die Veranstaltung im Karlsruher Institut für Technologie (KIT) steht in guter Tradition. »Nachdenken statt Nachrüsten: Wissenschaft für den Frieden«, so lautete der Titel eines von Professor Werner Buckel 1984 herausgegebenen Buchs. Buckel war von 1971 bis 1973 Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und von 1986 bis 1988 Präsident der Europäischen Physikalischen Gesellschaft – daneben war der Wissenschaftler immer auch politisch aktiv. Er stand der Antiatomkraftbewegung nahe und propagierte schon früh die Nutzung von Sonnenenergie. 2003 starb Buckel in Karlsruhe. Seiner Forderung nach einer nachhaltigen Forschung soll nun

mit der Konferenz »Verantwortung der Wissenschaften – Für Frieden und Zukunftsfähigkeit« nachgekommen werden – 25 Jahre nachdem Werner Buckel eine solche Konferenz an selber Stelle durchgeführt hat. »Mit der Tagung soll ein Zeichen gegen die wachsende Indienstnahme der öffentlichen Bildungseinrichtungen für militärische Zwecke gesetzt werden«, erklärt Roland Blach von der Deutschen Friedensgesellschaft, die die Konferenz am KIT unterstützt.

Für die Eröffnung konnten die Organisatoren zwei honorierte Wissenschaftler gewinnen: der emeritierte Professor Peter Herrlich, ehemaliger Institutsleiter am Forschungszentrum und an der Universität Karlsruhe und 1983 Mitinitiator des Mainzer Appells von Naturwissenschaftlern gegen die Stationierung von Atomraketen in Deutschland, wird über die »Verantwortung der Wissenschaft« sprechen. Anschließend referiert Professor Klaus Traube, ehemaliger Siemens-Chefentwickler des wegen unkalkulier-

barer Risiken nie in Betrieb genommenen Atomreaktors Kalkar, über den »Irrweg Atomkraft«. In Arbeitsgruppen soll es am Samstag vor allem um aktuelle Probleme durch die Militärforschung gehen: die Weiterentwicklung von Kampfdrohnen, die Dual-Use-Problematik bei der Forschungsergebnisse sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können und der Streit um »Zivilklauseln« an Universitäten. Mit diesen soll jede militärische Forschung an Hochschulen unterbunden werden. Bundesweit setzen sich Dutzende vor allem von Studierenden getragene Gruppen für eine solche Klausel an ihrer Universität ein.

Dr. Dietrich Schulze, der maßgeblich am bundesweiten Bündnis gegen Militärforschung beteiligt ist und die zweitägige Konferenz mitorganisiert, freut sich besonders auf die abschließende Diskussion: »Auf dem Podium werden Vertreter aus Wissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik sitzen, die sich bereits mit Zivilklauseln auseinandergesetzt haben.« Bei der Debatte wird sicher auch die einstimmige Verabschiedung des sogenannten »KIT-Gesetzes« im baden-württembergischen Landtag Mitte Mai Thema sein: das Gesetz sieht für die Karlsruher Forschungseinrichtung keine Zivilklausel vor und wurde trotz gegenteiliger Wahlversprechen von der Grün-Roten-Landesregierung forciert.

»Letztlich geht es mit der Konferenz darum, Rüstungsforschung zu verhindern«, so Schulze. Auch am KIT finde Militärforschung statt. Daher soll am Wochenende auch über eine Erklärung mit dem Titel »Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen« debattiert werden (siehe unten). In der Erklärung werden alle Hochschulangehörigen aufgefordert, sich der Forschung für Militär und Krieg zu verweigern. Zudem werden die Landesregierungen ermahnt, bindende Zivilklauseln in ihre Hochschulgesetze aufzunehmen.

◆ www.zivilklausel.org

»MIT DEN WAFFEN DES GEISTES – GEGEN DEN GEIST DER WAFFEN«

◆ **Auf der Karlsruher Konferenz über mögliche Verbote von Militärforschung an Hochschulen soll die Erklärung »Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen« diskutiert und verabschiedet werden:**

Die Freiheit der Hochschulen, in Forschung und Lehre zu einer friedlichen, nachhaltigen und gerechten Entwicklung der Gesellschaft beizutragen, ist aufgrund einer fortschreitenden Militarisierung und Drittmittelabhängigkeit in allen Wissenschaftsdisziplinen bedroht. Hochschulforschung für Kriegs- und Überwachungsdrohnen, Akzeptanz- und Begleitforschung für Interventionen und »Krisendiplomatie«-Lehrangebote für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr breiten sich aus.

Wir rufen alle Hochschulangehörigen auf, sich dieser Entwicklung entschieden entgegen zu stellen und ermutigen dazu, den Beispielen der Universitäten Karlsruhe, Köln und Frankfurt a.M. zu folgen, deren Studierende mit großen Mehrheiten für eine Zivil-

klausel (»Forschung und Lehre nur für friedliche und zivile Zwecke«) votiert haben. Ermutigend auch, mit welcher Energie und Konsequenz die Zivilklausel der Universität Bremen von 1986 gegen die Machenschaften einer Weltraum-Rüstungsfirma von einem breiten Bündnis geschützt wurde. In Tübingen jedoch wird versucht, die im Bildungsstreik erstrittene Zivilklausel als vereinbar mit der Honorarprofessur eines Kriegsbefürworters durchzusetzen. Und die beiden Regierungsparteien in Baden-Württemberg haben gerade ihr Wahlversprechen einer Zivilklausel für das Karlsruher Institut für Technologie gebrochen. Für das KIT ist diese allein zur Vermeidung von »Atom- und Waffenforschung unter einem Dach« notwendig, wovon bereits im Mai 2009 ein Internationaler Appell gewarnt hatte.

Wir bleiben dabei und appellieren an alle Landesregierungen, die Zivilklausel in die Hochschulgesetze aufzunehmen, wie das für Niedersachsen bereits der Fall war. Wir rufen alle Hochschulleitungen und akademischen Gremien auf, bindende Verpflichtungen

als Zivilklausel für ihre Hochschule zu beschließen. Von der Bundesregierung und den Landesregierungen erwarten wir, durch Ausfinanzierung aus öffentlichen Mitteln den Drittmittelanteil deutlich zu verringern, statt ihn zum Maßstab der Exzellenz zu erheben.

Die geschichtliche Lehre, daß von deutschem Boden immer nur Frieden ausgehen soll, muß wieder in das gesellschaftliche Bewußtsein gerückt werden. Den Angehörigen der Hochschulen kommt dabei eine bedeutende Aufgabe zu. Dankbar sind wir für die gewerkschaftlichen Grundsatzentscheidungen zur Zivilklausel an Hochschulen und für die gewährte bzw. die erklärte Unterstützung, z.B. für alle diejenigen »die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken.« (ver.di-Bundeskongress 2011)

Nehmen wir uns solche Hochschullehrer wie den Karlsruher Physiker Prof. Werner Buckel (1920 - 2003) zum Vorbild, der vor 25 Jahren an der Universität Karlsruhe einen Kongreß gegen Rüstungsforschung veranstaltet hatte, im Nachgang zu dem mit Mas-

senaktionen und zivilem Ungehorsam durchgesetzten Erfolg gegen die Stationierung von Atomraketen. Im Buch »Nachdenken statt Nachrüsten« schrieb er den schönen Gedanken über das vorbehaltlose Zusammenstehen aller Hochschulangehörigen am Tag der Hochschulen (20. Oktober 1983) gegen Rüstung und Krieg nieder: »Das Plenum vermittelte das Erlebnis einer wahren Universität.«

Dieser Erfolg konnte 1986 gegen Präsident Reagans Star-War-Programm (SDI - Laserwaffen gegen Atomraketen) wiederholt werden. Unter Berufung auf den Göttinger Appell von 1957 erklärten Tausende von Naturwissenschaftler und Techniker in öffentlichen Forschungseinrichtungen per Unterschrift »Wir lehnen die Mitarbeit am SDI-Programm ab!«

Möge uns Werner Buckels Gedanke in der weiteren Arbeit an den Hochschulen für den Frieden und in der Zusammenarbeit mit Abrüstungsinitiativen wie »Schulfrei für die Bundeswehr« oder »Aktion Aufschrei« gegen Rüstungsexporte inspirieren und beflügeln.

BESCHLUSS Uni Bremen für »Zivilklausel«

Die Hochschule Bremen verpflichtet sich mit einer eigenen »Zivilklausel«, sich nicht »an Projekten mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung« zu beteiligen und »derartige Forschungsthemen und -mittel abzulehnen«. Dies ist der Kern des Beschlusses des Akademischen Senats (AS) der Hochschule Bremen, der am 12. Juni 2012 einstimmig mit einer Enthaltung gefaßt wurde: »Studium, Lehre und Forschung an der Hochschule Bremen dienen ausschließlich friedlichen Zwecken. Der Akademische Senat lehnt die Beteiligung von Wissenschaft und Forschung an Projekten mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung ab und fordert die Mitglieder der Hochschule auf, derartige Forschungsthemen und -mittel abzulehnen. (...)

Ergänzend zur Zivilklausel formulierte der Akademische Senat zur Frage der ethischen Anforderungen an das Handeln der Forscher am 12. Juni den Appell: »Der Akademische Senat fordert das Rektorat auf, im Rahmen der Gestaltung der Verfahrensabläufe zur Beantragung von Forschungsmitteln sowie zur Durchführung von Auftragsforschungsprojekten (Drittmittelrichtlinie) sicherzustellen, daß die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Hochschule die Zivilklausel, die Anforderungen des Leitbildes der Hochschule sowie das Mitbedenkensgebot des Paragraph 7 Absatz 1 BremHG (Anmerkung: Bremisches Hochschulgesetz) beachten und ihre Forschungsvorhaben an den sich daraus ergebenden Maßstäben messen.

Das Leitbild der Hochschule Bremen bestimmt in diesem Zusammenhang: Alle Hochschulmitglieder sind in ihrer Tätigkeit an grundlegende moralische Normen gebunden. Nicht alles, was getan werden kann, darf auch getan werden. Zur Wissenschaft gehört die Reflexion auf die angewendeten Methoden und auf die möglichen Folgen für Mensch, Gesellschaft und Umwelt sowie das verantwortliche Einstehen für die Resultate. (...)

Die Hochschule Bremen (...) verpflichtet sich den Zielen

- einer humanen, freiheitlichen, gerechten und demokratischen Gesellschaft,
- einer auf die Erleichterung der Arbeit, Bereicherung des Lebens und Schonung der natürlichen Ressourcen der Umwelt ausgerichteten Wissenschaft und Technik,
- eines aufgeklärten, unterschiedlichen Interessen, Meinungen, Lebensstile und Kulturen achtenden und toleranten gesellschaftlichen Klimas,
- der Verwirklichung der Gleichberechtigung der Geschlechter,
- der Berücksichtigung der besonderen Belange und Bedürfnisse von behinderten und chronisch kranken Menschen,
- der Beseitigung und Verhinderung jeglicher Diskriminierung,
- der internationalen Verständigung.«

FÜR EINE WAHRE UNIVERSITÄT. TAGUNG GEGEN RÜSTUNGSFORSCHUNG IN K



Am Freitag beginnt an der Uni Karlsruhe eine Tagung, mit der »ein Zeichen gegen die wachsende Indienstnahme der öffentlichen Bildungseinrichtungen für militärische Zwecke gesetzt« werden soll. Die Veranstalter – Studenten, Gewerkschafter, Friedensaktivisten – stellen eine Erklärung zur Debatte: »Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen«. »Alle Hochschulangehörigen« werden darin aufgerufen, sich der Forschung an »Kriegs- und Überwachungsdrohnen« und »Krisendiplomatie«-Lehrangebote(n) für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr« entgegenzustellen. Das bundesweite Bündnis »Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel« ist in die Veranstaltung eingebunden. Eine solche Klausel, nach der Forschung und Lehre allein friedlichen und zivilen Zwecken verpflichtet sind, wurde etwa in Tübingen im Bildungsstreik erstritten. Trotzdem soll hier

jetzt ein Kriegsbefürworter zum Honorarpr Institut für Technologie KIT droht weiterhin Dach«. erinnert wird an den zwei Tagen aus Buckel (1920–2003), der vor 25 Jahren am forschung veranstaltet hatte. Im Buch »Na diesem Zusammenhang ein Plenum, welche: mitteilte«. Volker Eick, Politikwissenschaftler der FU Berlin, wird am Samstag einen Vortrag halten (das computergenerierte Bild z firmen Cassidian und Rheinmetall).

SPIEGEL ONLINE UNISPIEGEL

13.06.2012

Streit um Militärforschung Lassen Sie die Waffen fallen



Universität Bremen: Studentenvertreter beklagen mangelnde Transparenz

Mindestens ein Dutzend Mal hat die Uni Bremen ihr Tabu gebrochen, keine Rüstungsforschung zu betreiben. Das offenbaren interne Recherchen. Hunderttausende Euro flossen in potentiell militärische Projekte. Details gibt der Rektor nicht preis.

Die Frage war längst nicht mehr, ob die Uni Bremen gegen ihren Grundsatz verstoßen hat, nicht zu militärischen Zwecken zu forschen. Die Frage war nur noch, wie häufig und wie umfangreich diese Verstöße waren.

Eine Antwort hat nun Wilfried Müller, Rektor der Uni, gegeben. Er stellte am Mittwoch die Ergebnisse einer internen Untersuchung vor: Demnach gab es allein während der Jahre 2003 bis 2011 mindestens ein Dutzend "Forschungsprojekte mit wehrtechnischem Auftraggeber". Etwa 480.000 Euro seien dafür an die Uni geflossen.

Müller räumte ein, dass die Projekte der sogenannten Zivilklausel widersprechen, die sich die Uni vor gut 25 Jahren auferlegte. So wird jenes Gebot genannt, sich fernzuhalten von allem, was für Rüstung und Krieg verwertbar sein könnte. In der Klausel heißt es, alle Universitätsmitglieder seien

aufgefordert, "Forschungsmittel und -themen abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen könnten". Alles, was nach Rüstung aussieht, ist demnach tabu. In dem aktuellen Prüfbericht räumt die Uni-Leitung größere Verstöße ein, als bislang bekannt waren.

Rektor Müller hatte nach den Verstößen fahnden lassen, weil es immer wieder Streit um die Klausel gab. Im vergangenen Jahr hatte sich der Konflikt an einer Stiftungsprofessur entzündet, die vom Bremer Raumfahrtkonzern OHB finanziert werden sollte. Aus Sicht von Studentenvertretern und einigen Wissenschaftlern ist das Unternehmen ein Rüstungskonzern, weil es auch Satelliten für die Bundeswehr baut. Es gab Proteste.

Vor wenigen Wochen kam dann heraus, dass die Uni auch ein Forschungsprojekt durchgeführt hatte, das indirekt vom Bundesverteidigungsministerium bezahlt wurde. Die Hochschule arbeitete bis 2006 mit OHB zusammen an einem Datenübertragungssystem für das Ministerium.

"Der Rektor verweigert sich der Debatte durch Geheimhaltung"

Studentenvertreter kritisierten die Ergebnisse von Müllers Recherchen als mager. Denn der Rektor gab keine detaillierten Auskünfte über die Verstöße. Weder will die Uni-Leitung die Auftraggeber preisgeben, noch die beteiligten Wissenschaftler nennen oder die Projekte konkreter beschreiben. "Der Rektor verweigert sich der öffentlichen Debatte durch Geheimhaltung", sagte Sören Böhrnsen vom Arbeitskreis Zivilklausel. Seine Kommilitonin Lena Graser kritisierte, die Uni ziehe keine Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit: "Der Bericht des Rektors ist nicht ausreichend."

Müller weist das von sich. Es sei nicht darum gegangen, einzelne Forscher an den Pranger zu stellen. Er habe mit der Untersuchung lediglich die Debatte versachlichen und herausfinden wollen, um welche Größenordnung es bei den potentiell militärischen Projekten geht - und das bewege sich, wie seine Recherchen zeigten, im Promille-Bereich. Zudem habe er datenschutzrechtliche Bedenken, mehr Details zu veröffentlichen.

Generell ist es oft nicht leicht zu entscheiden, wo militärische Forschung anfängt. Gilt eine Technik schon als militärisch, weil sie in Kampfflugzeugen genutzt werden könnte?

Außerdem wird in Bremen darüber gestritten, wie streng eine Zivilklausel sein darf, ohne die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. Auch deshalb konnte sich die rot-grüne Regierungskoalition bislang nicht auf einen Antrag einigen, die Militärforschung an Bremer Hochschulen gesetzlich zu verbieten - ein Vorhaben, über das Rektor Müller sagt: "Ich halte davon gar nichts."

An der Uni Bremen sollen künftig alle Wissenschaftler zunächst über die Existenz der Zivilklausel informiert werden. Die Dekane sollen sich Projekte sorgfältiger anschauen, die Fachbereiche sollen intensiver diskutieren. Die Studentenvertreter sind skeptisch, ob das reicht.